

1884
No. 7.
Bier
Café
Biere
Krieg
Mexikon
Aquarium
Transporte
Verkauf
Zeit
Verkauf
Zeit

Nach Redaktionsschluss
Siedlinghausen. Auf der Juche General Blumenhals eine Explosion im Lager am 13. d. M. S. 12. Bekannt sind 12 Tote und 10 Vermundete. Die Ursache ist noch nicht ermittelt.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Preisdruck - Sieden
Nr. 11 (Mitt.) u. 688 (Nachm.)
Inferate werden...
Wochensatz...
Anzeigen...

Hochsine Masken-Garderobe
für Herren und Damen in grösster Auswahl bei anerkannter Accuratesso empfiehlt
Frau Bertha Streng,
Grosse Brüdergasse Nr. 3
Pünktliche Besorgung nach auswärt.

Moritz Klingner,
Auguststrasse Nr. 4 (Bazar de voyage),
empfiehlt zur billigen und praktischen Reise
Fournier-Reisekoffer
als Union der Leichtigkeit, Solidität und Eleganz.
Grösste Auswahl von Taschen-Accessoires etc.

Erste und grösste Masken- u. Theatergarderobe,
Dominos in vorzüglicher Auswahl für Herren u. Damen
E. Preussers Nachf., Max Jacobi,
2. Galeriestrasse 2. part. und 1. Etage.
Aufträge nach auswärt werden prompt effectuirt.

Prof. Dr. Jäger's Normal-Unterkleider, Normalartikel sowie sämtliche empfiehlt **Jean Schieme Nachf., Neust. Bathhaus.**
Nr. 22. 29. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl. Dresden, 1884. Dienstag, 22. Januar.

Für die Monate Februar und März
werden Abonnements auf die „Dresdner Nachrichten“ in der Expedition, **Wartenstrasse Nr. 13,** zu 1 Mark 70 Pfg., für auswärts bei den Kaiserlichen Postämtern im Reichsgebiet deutschen zu 1 Mark 84 Pfg., in der Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie zu 1 Gulden 54 Kreuzer (incl. Abzug) angenommen.

Aussichten für den 22. Jan.: Mäßiger Westwind, veränderl. Bewölk., keine oder geringe Niederschläge. Temperatur zornig veränderl.

Frankfurt a. M., 21. Januar. Credit 100,00. Staatsbahn 100,00. Domänen 120,00. 4er Rente 100,00. 5er Rente 100,00. 6er Rente 100,00. 7er Rente 100,00. 8er Rente 100,00. 9er Rente 100,00. 10er Rente 100,00. 11er Rente 100,00. 12er Rente 100,00. 13er Rente 100,00. 14er Rente 100,00. 15er Rente 100,00. 16er Rente 100,00. 17er Rente 100,00. 18er Rente 100,00. 19er Rente 100,00. 20er Rente 100,00. 21er Rente 100,00. 22er Rente 100,00. 23er Rente 100,00. 24er Rente 100,00. 25er Rente 100,00. 26er Rente 100,00. 27er Rente 100,00. 28er Rente 100,00. 29er Rente 100,00. 30er Rente 100,00. 31er Rente 100,00. 32er Rente 100,00. 33er Rente 100,00. 34er Rente 100,00. 35er Rente 100,00. 36er Rente 100,00. 37er Rente 100,00. 38er Rente 100,00. 39er Rente 100,00. 40er Rente 100,00. 41er Rente 100,00. 42er Rente 100,00. 43er Rente 100,00. 44er Rente 100,00. 45er Rente 100,00. 46er Rente 100,00. 47er Rente 100,00. 48er Rente 100,00. 49er Rente 100,00. 50er Rente 100,00. 51er Rente 100,00. 52er Rente 100,00. 53er Rente 100,00. 54er Rente 100,00. 55er Rente 100,00. 56er Rente 100,00. 57er Rente 100,00. 58er Rente 100,00. 59er Rente 100,00. 60er Rente 100,00. 61er Rente 100,00. 62er Rente 100,00. 63er Rente 100,00. 64er Rente 100,00. 65er Rente 100,00. 66er Rente 100,00. 67er Rente 100,00. 68er Rente 100,00. 69er Rente 100,00. 70er Rente 100,00. 71er Rente 100,00. 72er Rente 100,00. 73er Rente 100,00. 74er Rente 100,00. 75er Rente 100,00. 76er Rente 100,00. 77er Rente 100,00. 78er Rente 100,00. 79er Rente 100,00. 80er Rente 100,00. 81er Rente 100,00. 82er Rente 100,00. 83er Rente 100,00. 84er Rente 100,00. 85er Rente 100,00. 86er Rente 100,00. 87er Rente 100,00. 88er Rente 100,00. 89er Rente 100,00. 90er Rente 100,00. 91er Rente 100,00. 92er Rente 100,00. 93er Rente 100,00. 94er Rente 100,00. 95er Rente 100,00. 96er Rente 100,00. 97er Rente 100,00. 98er Rente 100,00. 99er Rente 100,00. 100er Rente 100,00.

Wochenblätter Redakteur für Politisches Dr. Carl Piech in Dresden.
Eine große Rolle war das Jact der zweitägigen großen Debatten des preussischen Abgeordnetenhauses über den Reichsperger'schen Antrag. Derselbe besonderte bekanntlich die Wiederherstellung jener drei aufgehobenen Verfassungsartikel, die allen anerkannten Religionsgesellschaften die selbständige Verwaltung ihrer Angelegenheiten, den ungehinderten Verkehr mit ihren Oberen und das Ernennungs-, Vorzugs-, Wahl- und Bestätigungsrecht bei Belegung kirchlicher Stellen einräumten. Das Centrum hatte sich selbst nicht der Einbildung hingegen, für diesen Antrag eine Mehrheit zu finden. Den Reichsperger'schen Antrag annehmen, hiesse für das Abgeordnetenhause: der Regierung zuzustimmen, sich der römischen Kirche auf Gnade und Ungnade unterwerfen. Wenn trotzdem das Centrum auf der Beratung des Antrages bestand, so hat es vermutlich geglaubt, behufs Eintritts auf die Wählerliste müsse irgend Etwas getan werden. Dieser war aber der Recognitionen-Vorstoß nicht heftig genug und peinlich vermieden es die Centrumschwerer den augenblicklichen Stand der Verhandlungen mit Rom auch nur zu streifen. Kein Wort fiel über den Besuch des Kronprinzen im Vatikan. Windthorst richtete keine einzige der so nahe liegenden Fragen an den Kultusminister v. Gögler. Dieser verhielt sich ablehnend gegen die Ansprüche des Centrums. Schönders ließ er durchblicken, daß der Begnadigung des Bischofs v. Limburg bald die des Bischofs von Münster folgen solle. Hingegen erklärte er sich mit Entschiedenheit gegen die Begnadigung der Erzbischofe von Bosen und Köln, der Herren Ledochowski und Dr. Weichers. Er versicherte, daß keiner der gegenwärtigen Minister einen Antrag auf Begnadigung dieser Kirchenfürsten unterstützen könne. Auch kein künftiger Minister kann dies thun. Diese Erzbischofe waren ja die Anführer der Rebellion gegen die Landesregierung: sie vor Allen predigten den Ungehorsam gegen die Obrigkeit. Im Uebrigen, erklärte der Kultusminister, werde sich die Regierung nicht drängen lassen, sondern selbstständig mit kirchlichen Maßregeln vorgehen. Es klang Etwas aus der Ministerrede heraus, das sich anbot, wie wiedergewonnene Festigkeit. Die Regierung glaubt, daß sich ihre Stellung gegenüber ihren katholischen Unterthanen wesentlich günstiger gestaltet habe. In der That kann die Begnadigung mehrerer abgesetzter Bischöfe, die Aufhebung der Gehaltsperre in vier Diöcesen und der Verfassungsverweigerung des Kronprinzen nicht verfehlen, einen beruhigenden Eindruck auf die Gemüther der preussischen Katholiken zu machen. Das Schlimmste ist überwunden, die Regierung sieht mit größerer Ruhe denn seit Längem der Weiterentwicklung entgegen; das Wieder-aufleben des Kulturkampfes ist nicht zu befürchten, da sie in Wohlwollen und Schonung der religiösen Gefühle nicht ermüden wird. So kam es, daß bei der Abstimmung über den Reichsperger'schen Antrag das Centrum ganz vereinzelt blieb. Es ist bei den Debatten nicht das Mindeste herausgekommen, als was man schon kannte: die Doppelnatur und die Doppelstellung des Centrums. Als kirchliche Partei bekämpft es die Regierung, als politische unterstützt es sie, natürlich nie, ohne sich die selbständige Prüfung der Regierungs-Vorlagen zu vorbehalten.

Kosten des Innern erhält der hochbegabte konservativ Staatsmann Komoro u. Nobles, der bereits 49 Kräfte in die Provinzen hat abgeben lassen. Der Zweck ist die Zeitung der Wahlen im ministeriellen Sinne; denn die letzten Wahlen wurden aufgelöst. In Spanien erwählt nämlich der König keine Minister nicht aus der Mehrheit der Kammer, wie in Italien, Belgien und England, sondern er macht die Minister, die ihm gefällig sind, und die Mehrheit schafften sich dann durch Renouveau eine Majorität herbei, mit der sie regieren. Noch niemals haben allgemeine Wahlen in Spanien eine der an der Macht befindlichen Regierung feindliche Mehrheit gegeben; so hat es Martini, Campos, so Sagasta, so Castiella selbst zwei Mal gehalten. Darum verlangte auch das letzte Ministerium Sagasta, als es von der Kammermehrheit ein Ministerium erhalten hatte, die Genehmigung des Königs zur Auflösung der Kammer und zur Ausübung der Wahlen. Auch ihm würden die letzteren eine willige Mehrheit ergeben haben. Wenn ihm der König kurzweg die Ausübung der Wahlen verweigerte, so besagt dies wohl, daß sich der König kein Heil für sich und seine Dynastie in der ferneren Beibehaltung der verkappten Republikanismus erblicke. Er handelte ganz logisch und folgte nur dem Selbstbehaltungsdrange, wenn er sich mit unerlässlichen Anhängern umgab, von denen er sich nur vorübergehend hätte trennen müssen. Die Liberalen haben beide Male, als sie das Staatsrudr in den Händen hatten, ihre Regierungsmehrheit bewiesen. Die beiden Bischöfe Deutschlands beglückten die König Spaniens in seiner neuen Stellung, deren Gefahren ja Niemandem besser bekannt sind, als dem jungen Könige selbst.
Widerwärtig hat sich Gladstone entschließen müssen, den General Gordon nach England zu senden. Die Volkstimme Englands forderte dies gebieterisch und der Vorgang ist ein neuer Beweis dafür, daß, wenn in England das Volk Etwas ernstlich will, es dies auch durchsetzen vermag. Bereits war Gordon vom König von Belgien dazu bestimmt, im Auftrage der internationalen christlichen Gesellschaft die Entdeckungen Stanley's am Congo zu organisieren. Da aber Gordon in China Brocken seiner Energie und seines Geschicks abgelegt hat und er als der schweidigste General gilt, über den England verfügt, so forderte das Land, ihn, diesen Kenner des Orients, mit der Aufgabe zu betrauen, in Ägypten zu retten, was für die Civilisation noch zu retten ist. Er soll den Abzug der Europäer aus den zu räumenden Gebieten Ober-Ägyptens sichern. Anfanglich lehnte es Gordon ab, unter dem Ahdute über dessen Minister zu dienen. Er sagte, er wolle nur als englischer General mit direkt englischer Unterstützung die Mission übernehmen. Die Situation drängte ihn einer Entscheidung. Gordon blieb unerschütterlich. Nach langer Beratung nahm das Kabinett Gordon's Bedingungen an. Das geschah Radmittags zwischen 3 und 4 Uhr. Im selben Lager Abends um 8 Uhr, verließ Gordon ab. Möglicherweise kommt Gordon nicht zu spät, um eine unerhörte Schmach von England fern zu halten.

Politisches und Sachliches.

— Geh. Hofrath Dr. Rud. v. Gottschall in Leipzig erhielt vom Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha das Comthurkreuz I. Kl. des Sachsen-Ernestinischen Hausordens.
— Die 2. Kammer beriet in ihrer gestrigen Sitzung das Budget des Justizministeriums. (Referent Abg. Böhmig). Zuvor gelangte eine Schrift des Staatsrathes zu Merz zur Beratung, in welcher dieser die gegen ihn vom Abg. Bebel bei Gelegenheit der Interpellation über die Schenk- und Langhüttenverhote erhobenen Vorwürfe zurückweist, worauf Abg. Bebel versichert, daß die Sache mit diesen Erklärungen nicht abgethan sein, sondern er bei anderer Gelegenheit darauf zurückkommen würde. Vicepräsident Dr. Pfeiffer bekennt die Aufhebung der kleineren Justizgerichte, ganz besonders wenn verwendet er sich für Erhaltung des Amtsgerichts zu Reichenau. Hierauf rügt Abg. Walter einige Mängel unseres Gerichtsverfahrens. Wenn in der letzten Zeit die Zahl der Reineide beträchtlich zugenommen habe, so liege der Grund zum Theil darin, daß die Eide nicht in der feierlichen Weise abgenommen würden, wie es im Interesse der Sache nöthig sei. Bebel würde es auch sein, wenn man die Zeugen erst bedachte, nachdem sie ihre Aussagen gemacht, nicht wie es meist geschieht, schon vorher. Ferner beklagt er sich über das langsame Verfahren in Privatflaggen, besonders bei Anjurienklagen. Weiter führt er zwei Fälle an, welche er als Angriffe auf die Unabhängigkeit der Richter ansieht. Als die Redakteur der „Zittauer Morgenpost“, in einer Verteidigungsrede vom Landgericht in Zittau freigesprochen waren, habe ein hoher Beamter des Justizministeriums an den Gerichtshof geschrieben, daß man im Ministerium allerdings vermutet hätte, die Zeitung würde verurtheilt werden (hört!). Eine Beschwerde des Gerichtshofes an das Justizministerium sei gar nicht beantwortet worden (hört!). Der andere Fall sei folgender: Ein Mann (Romens Müller) sei in 2 Instanzen zu 2 Jahren Zuchthaus verurtheilt worden, die ihm jedoch zum Theil auf dem Wege der Gnade erlassen worden seien. Darauf habe das Justizministerium an die betreffende Strafkammer geschrieben, daß die angeführten Gründe nicht nur das Urtheil nicht rechtfertigten, sondern nicht einmal einen Schein der Schuld des Angeklagten begründeten. Wo bliebe da die Selbstständigkeit und die freie Entscheidung der Richter, wenn das Urtheil in dieser Weise angegriffen würde? Justizminister von Helldorf stellt den ersten Fall dahin richtig: Ein Subalternbeamter des Amtsgerichts zu Meidemann habe am Befolgungswahnsinn gelitten und sich vor dem dortigen Amtmann gefürchtet. Daraufhin habe die „Zittauer Morgenpost“ behauptet, der Beamte sei in Folge der schlechten Behandlung von Seiten des Amtmanns wahnsinnig geworden. Das Landgericht Pausen habe in einer deshalb anhängig gewordenen Klage ein freisprechendes Urtheil gefällt, da es angenommen, daß während der Krankheit und der vorhergehenden Behandlung ein Causalzusammenhang bestanden müsse, ohne jedoch ein ärztliches Gutachten eingeholt zu haben. Deshalb habe man vom Justizministerium aus an die betreffende Strafkammer geschrieben, daß es allerdings notwendig gewesen sei, in diesem Falle ein ärztliches Gutachten zu hören, doch sei dies nur privatim geschehen. Betreffs des zweiten Falles bemerkt er, daß die vom Abg. Walter angeführte Verfügung nicht an die Strafkammer, sondern an die Staatsanwaltschaft ergangen sei, weil diese ihre Pflicht der Vorbereitung des Beweismaterials nicht erfüllt habe. Was die Art der Todesstrafe betrifft, so sei die Staatsanwaltschaft bereits angewiesen, in allen Fällen, wo es thunlich sei, dafür zu sorgen, daß die Verurtheilten nach abgelegtem Reugniß hingerichtet werden. Wenn man ferner bei Privatklagen über Verzögerung und Beschränkung klage, so möge man der betreffenden Behörde Anzeige davon machen, auf keinen Fall aber könne er suchen, das Privatklagen anderen Klagen vorgezogen werden. Abg. Lohs hält den Wunsch nach möglicher Beschleunigung der Privatklagen für berechtigt, nur sei er nicht in vollem Umfange zu erfüllen, da sonst das Richterpersonal bedeutend vermehrt werden müßte. Ein anderer diskutabler Punkt sei die Defensivität der Verhandlungen bei diesen Privatklagen; man solle doch den Parteien die Entscheidung überlassen, ob diese Verhandlung öffentlich sein solle oder nicht. Als man die Defensivität des Gerichtsverfahrens einführt, habe man nicht beabsichtigt, der Tagespresse einen Unterhaltungsstoff zu geben, sondern man wolle dadurch die Gerichte centralisieren. Durch die Veröffentlichung der Gerichtsverhandlungen in der Presse werde der richterlichen Stufen noch eine öffentliche Brandmarke hinzugefügt. Er wünscht demnach eine Beschränkung der Defensivität wenigstens bei leichten Strafthaten. Abgeordneter Dr. Schill wünscht eine Vereinfachung des Verfahrens bei Abhaltung von notariellen Recognitionen, Protokollen, und zwar hält er die beiden Recognitionen-Formen für überflüssig. Abg. Viehnecht wendet sich gegen eine etwaige Beschränkung der Defensivität des Gerichtsverfahrens und beklagt sich, daß gerade bei den wichtigsten Verhandlungen über politische Angelegenheiten die Defensivität ausgeschlossen sei. Wenn die Verbrechen in der letzten Zeit zugenommen hätten, so liege der Grund nicht in der Verhinderung der Wahlen, sondern darin, daß die neueste politische Entwicklung Deutschlands, die fortwährende Verberührung des Reiches eine Beratung des Reichstages herbeizuführen habe. Er richtet sodann die Frage an die Regierung, welche Stellung die Defensivität im Bundesrath gegenüber dem Reichstag einnehmen werde? In seiner jetzigen Form sei dieselbe eine Rechtsverweigerung für den armen Theil der Bevölkerung. Ferner tritt er für die Wiedereinführung der Berufung in Strafsachen ein und befürwortet die Gewährung einer Entschädigung an unthätige Beurtheiler und unthätig in Untersuchungshaft Gehaltene. Der Chemiker Hell, wo ein Reiner vor Kurzem unthätig verurtheilt worden war, beruhte auf einem Fehler des Systems, da der Mann durch die über ihn verhängte Untersuchungshaft zu einem wahrheitswidrigen Geständnisse verleitet worden sei. Deshalb erwarte er des Ministerium, man solle an die Staatsanwaltschaft Anträge erheben, vorzüglich in der Verbindung der Untersuchungshaft zu sein. Weiter richtet er an die Regierung die Frage, ob es nicht thätig sei, daß Richter sich an politischen Agitationen beteiligten? Der Richter der absoluten Unparteilichkeit der Richter durch nicht erschüttert werden, dies aber bei der Zeit, wenn ein Richter als Agitator durch das Land ziehe. Abg. Schrad befragt

Von der vielbesprochenen Reise des russischen Ministers des Auswärtigen, Herrn v. Giers, nach Wien, sei hier nur kurz Folgendes zu erwähnen. Gleichwohl, ob derselbe auf seiner Heimreise in Folge eines besonderen Wunsches des österreichischen Kaisers oder aus eigenem Antriebe die Kaiserstadt an der Donau berührt — die Thatsache selbst zählt zu den erfreulichen Symptomen der allgemeinen Lage. Es würde eine Aush von bisherigen Aufnahmen entseht haben wenn der Leiter der Politik des Zarereiches an Wien vorbeizugedampft wäre. Schon dies zu vermeiden, ist ein Verdienst und wenn sich aus dem Wiener Besuche des Herrn v. Giers eine Befestigung der guten Beziehungen zwischen Oesterreich und Rußland ergibt, so darf die Welt nunmehr mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß auch dieses Frühjahr vorübergehen wird, ohne daß die Orientfrage ein bedrohliches Ansehen gewinne. Denn das Frühjahr war stets die Jahreszeit, wo es auf der Balkanhalbinsel zu rumoren anfing. Auch auf der entgegengesetzten Halbinsel, der Iberischen, dürfte der Friede seiner Störung unterliegen. Bisher wenigstens vollzog sich die Amtübernahme der neuen Minister Spaniens ohne die revolutionären Zuckungen, die sonst bei jedem Ministerwechsel landesüblich sind. König Alfonso hat das aus halbverkappten Republikanern und unzuverlässigen Liberalen zusammengesetzte Ministerium Sagasta entlassen und ein konservatives Ministerium zur Leitung der Geschäfte berufen. Canovas del Castillo, derselbe Staatsmann, der ihn 1884 auf den Thron Spaniens eingesetzt und der mit zwei Unterbrechungen bisher sein Premierminister war, wird von ihm abermals an die Spitze der Regierung gestellt. Das wichtigste Merkmal, das Kriegsministerium wurde in die Hände des Marschalls Quevedo gelegt, des bekanntesten Kartistenbesizers. Derselbe hatte früher die Stellung eines Chefs der Nordarmee inne, welche auch die Hauptstadt Madrid deckt und auf deren Treue wohl der König am zuverlässigsten bauen kann, da sie Marschall Bania besitzth. Auf die Ergebenheit der Armee kommt es hauptsächlich an, doch hofft man dieselbe sich dadurch zu sichern, daß der neue Kriegsminister das von seinem Vorgänger eingewirkte Soldverhöngnis- und Avancementgesetz aufrecht erhält, das auf eigenes Verlangen des Königs ausgearbeitet worden war. Den

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr.“ vom 12. Jan.
Berlin. Das Abgeordnetenhause setzte heute die Beratung des Eisenbahnbudgets fort, wobei eine lange Reihe von Wünschen namentlich im landwirthschaftlichen Interesse vorgebracht, das Staatsbahnbudget aber von den meisten Rednern vortheilhaft anerkannt wurde. Abg. Büchtemann wendete sich gegen eine „einseitige“ Bevorzugung der Landwirthschaft, die einen Ausfall von ca. 10 Millionen voraussetzlich zur Folge haben würde.
Berlin. Die „Norddeutsche Allgemeine“ veröffentlichte einen Bericht der deutschen Choleraform in Kaschutta, demzufolge die Cholera wieder im Anmarsch begriffen ist, so daß es an Unterbindungsmöglichkeiten nicht fehlt. Die Kommission hofft, demnächst praktische verwertbare Vorschläge zur Abhaltung resp. Verminderung der Choleraform unterbreiten zu können. — Die Reichstelegraphenverwaltung beabsichtigt eine erhebliche Verminderung der direkten Verbindungen der wichtigsten Orte des Reiches, um eine Verbilligung der Correspondenz zu erzielen. Es soll bereits damit im nächsten Etatsjahre, also vom 1. April ab, begonnen werden. Demnach wird wahrscheinlich eine entsprechende Reduzierung beim Reichsbudget eingebracht werden. — Die Prinzessin Friedrick Karl feiert morgen aus Anhalt und nimmt am 21. Januar an der Kur im kaiserl. Schloß Theil. Man schließt daraus, daß ein Kompromiß in der bekannnten Familienunterschieden zu Stande gekommen ist. Die weitere Debatte ist meist nur von lokaler Bedeutung. Nach Schluß der Sitzung brachte das Centrum einen Antrag wegen vollständiger Aufhebung des Reiches betr. der Einwirkung der Verfassungen aus Staatsmitteln an die römisch-katholischen Bistümer und Geistlichen ein. Ein weiterer Antrag wegen gänzlicher Freigabe des Bistums und Säkularisationsfonds ist in Vorbereitung. — Die Gesamtsumme aller Auswanderer aus Deutschland betrug 1883 166,119 Personen, gegen 193,657 im Vorjahre.
Breslau. Die hier heute abend um 7 Uhr abgehaltene Versammlung von schlesischen Eisenindustriellen findet statt. Die Vertreter der oberösterreichischen Walzwerke haben bereits Anfang dieses Monats beabsichtigt, die Produktion zu beschränken, sobald die übrigen deutschen Gruppen dasselbe thun. Seitens der mitteldeutschen, schlesischen und bairischen Werke ist ein gleicher Beschluß schon gefaßt, auch wird ein solcher von der rheinisch-westfälischen Gruppe, sowie von den Hoel- und Saarer Werken erwartet. Für Oberschlesien fehlt noch der Beitritt zweier größerer Werke.
Paris. Castelar wird hier erwartet, um noch unter dem frischen Eindruck seiner Rede auf den Beulesards zu erscheinen. An Ovationen wird es ihm nicht fehlen, wie er denn bereits dem „Temo“ melden läßt, daß er aus allen Theilen Frankreichs Dankesgramme erhalte. Auch das Erscheinen eines Manifestes Fortilla's an die spanische Nation wird angekündigt. — Am Mittwoch findet hier die Vermählung der Tochter des Marschalls Serrano mit einem russischen Gardeoffizier statt. Das neue spanische Kabinett wünscht, daß Serrano auf seinem Pariser Gesandtschaftsposten verbleibe.
Petersburg. Der Kaiser und die Kaiserin wohnten im Adel-Saal einem von Rubinstein dirigirten öffentlichen Concert bei und wurden bei ihrem Eintritt in den Saal enthusiastisch begrüßt.
Die Berliner Börse setzte matter ein, später folgte Befestigung, welche von einzelnen deutschen Börsen, namentlich Berlin, Breslau und Mainz, ausging und in welchen umfangreiche Spekulationskäufe stattfanden. Schluß war ohne ausgeprochene Tendenz und still. Speculative Banken eröffneten schwach, befestigten sich zwar später etwas, doch blieben die Kurse am Schluß nicht unbedeutlich hinter denen vom Sonnabend zurück. Kassabanken waren still. In deutschen Börsen waren die Umsätze zeitweilig sehr bedeutend. Wechselbörse und Mainz leidet. Opreisen stark angehoben und 2 1/2 Proz. niedriger. Von Stammesprioritäten waren Dresdner beibehalten, österreichische und sächsische Börsen waren niedriger, österreichische Prioritäten still, deutsche Fonds recht still. Ungarische Goldrente und Italiener waren etwas fester, Ausien gleichfalls fest aber still.

— Geh. Hofrath Dr. Rud. v. Gottschall in Leipzig erhielt vom Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha das Comthurkreuz I. Kl. des Sachsen-Ernestinischen Hausordens.
— Die 2. Kammer beriet in ihrer gestrigen Sitzung das Budget des Justizministeriums. (Referent Abg. Böhmig). Zuvor gelangte eine Schrift des Staatsrathes zu Merz zur Beratung, in welcher dieser die gegen ihn vom Abg. Bebel bei Gelegenheit der Interpellation über die Schenk- und Langhüttenverhote erhobenen Vorwürfe zurückweist, worauf Abg. Bebel versichert, daß die Sache mit diesen Erklärungen nicht abgethan sein, sondern er bei anderer Gelegenheit darauf zurückkommen würde. Vicepräsident Dr. Pfeiffer bekennt die Aufhebung der kleineren Justizgerichte, ganz besonders wenn verwendet er sich für Erhaltung des Amtsgerichts zu Reichenau. Hierauf rügt Abg. Walter einige Mängel unseres Gerichtsverfahrens. Wenn in der letzten Zeit die Zahl der Reineide beträchtlich zugenommen habe, so liege der Grund zum Theil darin, daß die Eide nicht in der feierlichen Weise abgenommen würden, wie es im Interesse der Sache nöthig sei. Bebel würde es auch sein, wenn man die Zeugen erst bedachte, nachdem sie ihre Aussagen gemacht, nicht wie es meist geschieht, schon vorher. Ferner beklagt er sich über das langsame Verfahren in Privatflaggen, besonders bei Anjurienklagen. Weiter führt er zwei Fälle an, welche er als Angriffe auf die Unabhängigkeit der Richter ansieht. Als die Redakteur der „Zittauer Morgenpost“, in einer Verteidigungsrede vom Landgericht in Zittau freigesprochen waren, habe ein hoher Beamter des Justizministeriums an den Gerichtshof geschrieben, daß man im Ministerium allerdings vermutet hätte, die Zeitung würde verurtheilt werden (hört!). Eine Beschwerde des Gerichtshofes an das Justizministerium sei gar nicht beantwortet worden (hört!). Der andere Fall sei folgender: Ein Mann (Romens Müller) sei in 2 Instanzen zu 2 Jahren Zuchthaus verurtheilt worden, die ihm jedoch zum Theil auf dem Wege der Gnade erlassen worden seien. Darauf habe das Justizministerium an die betreffende Strafkammer geschrieben, daß die angeführten Gründe nicht nur das Urtheil nicht rechtfertigten, sondern nicht einmal einen Schein der Schuld des Angeklagten begründeten. Wo bliebe da die Selbstständigkeit und die freie Entscheidung der Richter, wenn das Urtheil in dieser Weise angegriffen würde? Justizminister von Helldorf stellt den ersten Fall dahin richtig: Ein Subalternbeamter des Amtsgerichts zu Meidemann habe am Befolgungswahnsinn gelitten und sich vor dem dortigen Amtmann gefürchtet. Daraufhin habe die „Zittauer Morgenpost“ behauptet, der Beamte sei in Folge der schlechten Behandlung von Seiten des Amtmanns wahnsinnig geworden. Das Landgericht Pausen habe in einer deshalb anhängig gewordenen Klage ein freisprechendes Urtheil gefällt, da es angenommen, daß während der Krankheit und der vorhergehenden Behandlung ein Causalzusammenhang bestanden müsse, ohne jedoch ein ärztliches Gutachten eingeholt zu haben. Deshalb habe man vom Justizministerium aus an die betreffende Strafkammer geschrieben, daß es allerdings notwendig gewesen sei, in diesem Falle ein ärztliches Gutachten zu hören, doch sei dies nur privatim geschehen. Betreffs des zweiten Falles bemerkt er, daß die vom Abg. Walter angeführte Verfügung nicht an die Strafkammer, sondern an die Staatsanwaltschaft ergangen sei, weil diese ihre Pflicht der Vorbereitung des Beweismaterials nicht erfüllt habe. Was die Art der Todesstrafe betrifft, so sei die Staatsanwaltschaft bereits angewiesen, in allen Fällen, wo es thunlich sei, dafür zu sorgen, daß die Verurtheilten nach abgelegtem Reugniß hingerichtet werden. Wenn man ferner bei Privatklagen über Verzögerung und Beschränkung klage, so möge man der betreffenden Behörde Anzeige davon machen, auf keinen Fall aber könne er suchen, das Privatklagen anderen Klagen vorgezogen werden. Abg. Lohs hält den Wunsch nach möglicher Beschleunigung der Privatklagen für berechtigt, nur sei er nicht in vollem Umfange zu erfüllen, da sonst das Richterpersonal bedeutend vermehrt werden müßte. Ein anderer diskutabler Punkt sei die Defensivität der Verhandlungen bei diesen Privatklagen; man solle doch den Parteien die Entscheidung überlassen, ob diese Verhandlung öffentlich sein solle oder nicht. Als man die Defensivität des Gerichtsverfahrens einführt, habe man nicht beabsichtigt, der Tagespresse einen Unterhaltungsstoff zu geben, sondern man wolle dadurch die Gerichte centralisieren. Durch die Veröffentlichung der Gerichtsverhandlungen in der Presse werde der richterlichen Stufen noch eine öffentliche Brandmarke hinzugefügt. Er wünscht demnach eine Beschränkung der Defensivität wenigstens bei leichten Strafthaten. Abgeordneter Dr. Schill wünscht eine Vereinfachung des Verfahrens bei Abhaltung von notariellen Recognitionen, Protokollen, und zwar hält er die beiden Recognitionen-Formen für überflüssig. Abg. Viehnecht wendet sich gegen eine etwaige Beschränkung der Defensivität des Gerichtsverfahrens und beklagt sich, daß gerade bei den wichtigsten Verhandlungen über politische Angelegenheiten die Defensivität ausgeschlossen sei. Wenn die Verbrechen in der letzten Zeit zugenommen hätten, so liege der Grund nicht in der Verhinderung der Wahlen, sondern darin, daß die neueste politische Entwicklung Deutschlands, die fortwährende Verberührung des Reiches eine Beratung des Reichstages herbeizuführen habe. Er richtet sodann die Frage an die Regierung, welche Stellung die Defensivität im Bundesrath gegenüber dem Reichstag einnehmen werde? In seiner jetzigen Form sei dieselbe eine Rechtsverweigerung für den armen Theil der Bevölkerung. Ferner tritt er für die Wiedereinführung der Berufung in Strafsachen ein und befürwortet die Gewährung einer Entschädigung an unthätige Beurtheiler und unthätig in Untersuchungshaft Gehaltene. Der Chemiker Hell, wo ein Reiner vor Kurzem unthätig verurtheilt worden war, beruhte auf einem Fehler des Systems, da der Mann durch die über ihn verhängte Untersuchungshaft zu einem wahrheitswidrigen Geständnisse verleitet worden sei. Deshalb erwarte er des Ministerium, man solle an die Staatsanwaltschaft Anträge erheben, vorzüglich in der Verbindung der Untersuchungshaft zu sein. Weiter richtet er an die Regierung die Frage, ob es nicht thätig sei, daß Richter sich an politischen Agitationen beteiligten? Der Richter der absoluten Unparteilichkeit der Richter durch nicht erschüttert werden, dies aber bei der Zeit, wenn ein Richter als Agitator durch das Land ziehe. Abg. Schrad befragt

SLUB
Wir führen Wissen.